

UNIFIL: Routineeinsatz in chaotischem Umfeld

Wohl noch nie seit dem Ende des Bürgerkrieges 1990 war die Lage in Libanon so prekär. Das Land befindet sich in einer dramatischen sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Krise. Die Parlamentswahlen Mitte Mai 2022 haben keinen klaren Sieger hervorgebracht. Es droht eine langwierige Regierungsbildung, die von der im Oktober anstehenden Präsidentschaftswahl überschattet wird. Hinzu kommen die Spätfolgen der verheerenden Explosion am Hafen von Beirut im August 2020 und die Auswirkungen des Krieges in Syrien. In dieser Krise bleibt UNIFIL – deren Aktivitäten wie Patrouillen entlang der Waffenstillstandslinie zwischen Libanon und Israel und Seeraumüberwachung weitgehend routiniert ablaufen – ein wichtiger Stabilitätsfaktor.

| Beitrag zur Stabilisierung: das Mandat von UNIFIL

Die *UN Interim Force in Lebanon* ist mit einer Einsatzdauer von über vierzig Jahren einer der ältesten UN-Einsätze. Ursprünglich hatte die Mission die Aufgabe, den Abzug israelischer Truppen aus Südlibanon zu überwachen und die libanesischen Regierung dabei zu unterstützen, die „effektive Kontrolle“ über den Süden zurückzugewinnen ([S/RES/425 und S/RES/426](#) vom 19.03.1978). Das Einsatzgebiet umfasst das Territorium Libanons südlich des Flusses Litani, westlich der Grenze zu Syrien und nördlich der rund 120 Kilometer langen „Blue Line“. Dies ist die im Jahr 2000 von der UN festgelegte Rückzugslinie zwischen Libanon und Israel, nicht aber die international anerkannte Grenze zwischen beiden Staaten.

Im Zuge des zweiten Libanonkrieges (Juli-August 2006) wurde das Mandat von UNIFIL wesentlich verändert ([S/RES/1701](#) vom 11.08.2006). Die Mission wurde von rund 2.000 auf bis zu 15.000 Personen aufgestockt und erhielt ein robustes Mandat. Zu ihren Aufgaben gehört die Überwachung des Waffenstillstands zwischen Israel und Libanon und die Unterstützung der Stationierung der regulären libanesischen Streitkräfte (*Lebanese Armed Forces*, LAF) entlang der „Blue Line“.

Zudem soll UNIFIL nun auch ein Waffenembargo gegen nicht-staatliche libanesischen Gruppen überwachen. Erstmals im Rahmen der UN wird dazu ein Flottenverband, die *Maritime Task Force* (MTF), eingesetzt, an dem sich die Deutsche Marine von Beginn an beteiligt hat. Neben der Überwachung des Waffenembargos in ihrem Einsatzgebiet soll die MTF Ausbildungshilfe für die libanesischen Marine leisten. Seit Beginn der Operation wurden über 100.000 Schiffe überprüft und über 16.000 davon zur weiteren Inspektion an die libanesischen Behörden gemeldet.

Das aktuelle Mandat ([S/RES/2591](#) vom 30.08.2021) nennt eine Obergrenze der Truppenstärke von UNIFIL von 13.000. Zurzeit beträgt die Stärke der Mission rund 11.200 Personen - davon 10.400 Soldat:innen und 800 Zivile (Stand: [Mai 2022](#)). Head of Mission und Force Commander ist der spanische Generalmajor Aroldo Lázaro Sáenz. Die MTF besteht aktuell aus vier Schiffen, gestellt von Bangladesch, Griechenland, Indonesien und der Türkei, ihr Kommandeur ist der deutsche Flottenadmiral Andreas Mügge.

Bei der Umsetzung ihres Mandats wird UNIFIL von rund 50 unbewaffneten Militärbeobachter:innen der *Observer Group Lebanon* (OGL) unterstützt. Sie ist Teil der *UN Truce Supervision Organization* ([UNTSO](#)), die seit 1948 ([S/RES/50](#)) den Waffenstillstand zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten überwacht. Die OGL operiert dabei aus UNIFIL-Basen und patrouilliert entlang der „Blue Line“. Das Office of the UN Special Coordinator for Lebanon ([UNSCOL](#)) wurde im Februar 2007 eingerichtet. UNSCOL obliegt die Koordination aller UN-Aktivitäten in Libanon, von der Friedenssicherung über humanitäre Hilfe bis zur Entwicklungszusammenarbeit.

| Der deutsche Beitrag: Ausbildung, Ausrüstung, Seeraumüberwachung

Lag zu Beginn der deutschen Beteiligung der Schwerpunkt noch auf der Seeraumüberwachung, steht mittlerweile die Unterstützung Libanons bei der eigenverantwortlichen Sicherung seiner Seegrenzen im Vordergrund. Bundeswehrangehörige unterrichten libanesischen Offiziere in Seemannschaft und Taktik und trainieren an einem Schifffahrtssimulator Navigation. Zusätzlich dienen Angehörige der Bundeswehr im UNIFIL-Hauptquartier in Naqura und in einer Unterstützungsgruppe auf Zypern. Die aktuelle deutsche Beteiligung liegt bei rund 70 Bundeswehrangehörigen (Stand: [Mai 2022](#)). Maximal können rund 300 Soldat:innen eingesetzt werden. Diese Personalanzahl soll nach [Antrag der Bundesregierung](#) auch für die im Mai 2022 anstehende Verlängerung des Mandates beibehalten werden. Das neue Mandat soll Geltung bis zum 30.06.2023 haben. Für den Zeitraum vom 01.07.2022 bis zum 30.06.2023 werden die Kosten auf rund 29,4 Mio. Euro beziffert.

Ausblick

Das Ausmaß der Krise in Libanon ist fast beispiellos: Nach Angaben der Weltbank handelt es sich um einen der drei schlimmsten Abstürze weltweit in den letzten 150 Jahren. Die Zahlen sind dramatisch: Das Bruttoinlandsprodukt des Landes ist von 2019 bis Anfang 2022 um 58% zurückgegangen, die jährliche Inflationsrate lag 2021 bei 224%, das libanesisches Pfund hat seit 90% seines Wertes verloren, über 40% der Bevölkerung sind arbeitslos und 80% leben unter der Armutsgrenze. Das einst vorbildliche Gesundheitssystem steht vor dem Kollaps, Strom ist oft nur wenige Stunden am Tag verfügbar. Zuletzt hat auch noch der russische Überfall auf die Ukraine den Import des Grundnahrungsmittels Weizen wesentlich erschwert und verteuert.

Zwar konnte die Regierung unter Premier Najib Mikati im April 2022 mit dem Internationalen Währungsfond ein Hilfsprogramm über drei Milliarden US-Dollar verabreden. Bevor dieses aber anlaufen kann, müsste ein umfangreiches Reformpaket (Umstrukturierung des Bankensektors, Audit der Zentralbank, Neuregelung der Finanzaufsicht, Steuerreformen und Korruptionsbekämpfung) auf den Weg gebracht werden, für das es im zerstrittenen Kabinett bisher keine Mehrheit gibt.

Dieses Kabinett muss nun nach den Parlamentswahlen vom 15. Mai neu gebildet werden. Auch wenn die Wahlen keine neue politische Ära im Libanon einläutet haben, sind einige positive Entwicklungen zu verzeichnen. Die Hisbollah und ihre Verbündeten verloren die Mehrheit im Parlament, nie gab es dort mehr Frauen (8 von 128 Abgeordneten) und 13 Sitze wurden von Kandidat:innen aus der Zivilgesellschaft und von nicht religiös gebundenen Organisationen gewonnen.

Nach wie vor kontrollieren aber Repräsentant:innen der etablierten politischen Klasse 90% des Parlaments. Ihre Macht wurde durch die Krise weiter gestärkt, da diese die Abhängigkeit der Bevölkerung von Almosen der Mächtigen in Form von Bargeld, Jobs oder Dienstleistungen erhöht hat. Die größte Fraktion, die christlichen Forces Libanaises, wird von Samir Geagea geführt, einem der berüchtigtsten Warlords des libanesischen Bürgerkriegs und Todfeind der Hisbollah. Kein Lager konnte eine absolute Mehrheit erringen.

Unter diesen Umständen wird die Regierungsbildung voraussichtlich sehr langwierig, zumal bis Ende Oktober auch ein Nachfolger für Präsident Michel Aoun gefunden werden muss, der nach sechs Jahren im Amt nicht erneut antreten darf. Der neue Staatschef muss vom Parlament mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt werden. Ein hochkomplexer Kompromiss ist zu erwarten, in dem die Posten des Präsidenten, des Ministerpräsidenten, der Kabinettsmitglieder und andere lukrative Positionen unter den verfeindeten Gruppen ausgehandelt werden müssen. Bis dahin bleibt Premier Mikati ad Interim im Amt, ist aber weitgehend handlungsunfähig.

In dieser Lage bleibt UNIFIL ein unersetzlicher Garant der äußeren Sicherheit Libanons. Die Mission überwacht die Landgrenze zwischen Libanon und Israel und verringert so die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation zwischen Israel und der Hisbollah. Ihre Kontrolle des Seegebiets vor Libanon verhindert Waffenschmuggel und ihre Überwachung des libanesischen Luftraums dokumentiert leider immer noch regelmäßige Verletzung durch Israel. Insbesondere trägt UNIFIL zur Stärkung der libanesischen Streitkräfte bei. Zu diesen Aktivitäten leistet das Kontingent der Bundeswehr einen ganz wesentlichen Beitrag. Angesichts der kritischen Lage in Libanon sollte Deutschland UNIFIL weiter in diesem Umfang unterstützen.